



Bebauungsplan (Satzung)		
"An der alten Eiweilerstrasse"		
Gemeinde: Primmstal		
Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (B BauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäss § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 15.3.73 beschlossen.		
Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Primmstal durch das Ing.-Büro Mohr.		
Festsetzung gemäss § 9 Abs. 1 u. 2 des Bundesbaugesetzes.		
1 Geltungsbereich	laut Plan	entfällt
2 Art der baulichen Nutzung		
2.1. Baugebiet	allgemeines Wohngebiet	
2.1.1. zulässige Anlagen	Bau-Nu-Vo§4(2) Fassung	
2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	Bau-Nu-Vo§4(3) 1968	
2.2. Baugebiet		
2.2.1. zulässige Anlagen		
2.2.1.1. ausnahmsweise zulässige Anlagen		
3 Mass der baulichen Nutzung	Max 2 II.	
3.1. Zahl der Vollgeschosse	0,4	
3.2. Grundflächenzahl	bei 1/20,5, bei 2/10,8	
3.3. Geschossflächenzahl		
3.4. Baumassenzahl		
3.5. Grundflächen der baulichen Anlagen		
4 Bauweise	Offene, Einzelhäuser	
5 überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche	laut Plan	
6 Stellung der baulichen Anlagen	Vordere Bauflucht rechtwinklig zu den seitlichen Grenzen	
7 Mindestgrösse der Baugrundstücke	entfällt	
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden)	laut Regelschnitt	
9 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	Innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, od laut LBO § 7 (7)	
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt	
11 Baugrundstücke für den Gemeindebedarf	entfällt	
12 überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	gesamter Geltungs-bereich	
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	entfällt	
14 Grundstücke die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt	
15 Verkehrsflächen	laut Plan	
16 Flächen für den Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	laut Strassenprojekt	
17 Versorgungsflächen	entfällt	
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und Leitungen	entfällt	
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt	
20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Mauerkleingärten Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	entfällt	
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt	
22 Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt	
23 mit Gen.-Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Anschliessungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt	
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt	
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit erforderlich sind	entfällt	
26 die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, vor der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt	
27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt	
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässer	entfällt	

Aufnahme von

Testsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 1 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt

Aufnahme von

Testsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293)

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäss § 9 Abs. 3 B BauG

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	entfällt
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherheitsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	entfällt
3 Flächen, unter denen der Bergbau umgeht	entfällt
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 B BauG

1	entfällt
2	entfällt

Planzeichen - Erläuterung

	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende Strassen
	Geplante Strassen
	Bestehende Grundstücksgrenze
	Geplante Grundstücksgrenze
	Baugrenze
	Entwässerungsrichtung
	Geltungsbereich
	Geschosszahl
	Grundflächenzahl
	Geschossflächenzahl

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 B BauG ausgelegen vom 28.11.1973 bis zum 28.11.1973

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 B BauG als Satzung vom Gemeinderat am 1. Juli 1973 beschlossen.

den 2.7.1973

der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 B BauG genehmigt

11. Okt. 1973

Saarbrücken, den

SAARLAND

Der Minister des Innern

Oberste Landesbaubehörde

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 B BauG wurde am 29.11.1973 ortsüblich bekanntgemacht.

den 31. Okt. 1973

der Bürgermeister